

Beziehungen durch gleichberechtigte Verhandlungen der Regierungen. Die Regierungsparteien im westdeutschen Staat, die CDU/CSU, aber auch die Führung der Sozialdemokratischen Partei, lehnen die Anerkennung der DDR und die Aufnahme normaler staatlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ab. Diese sture Haltung erklärte kürzlich eine führende Zeitung der westdeutschen Großbourgeoisie („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 18. Januar) folgendermaßen:

Die DDR — so heißt es hier — behaupte, das Potsdamer Abkommen verpflichte auch die Bundesrepublik zur Erfüllung seiner grundlegenden Bestimmungen. Und es wäre der entscheidende Durchbruch dieser Konzeption, wenn die Bundesrepublik selbst durch Anerkennung der DDR eben jene Prinzipien legitimierte, nach denen sie „umgestaltet“ werden soll. Mit der Anerkennung der DDR würde nicht endlich Ruhe in Deutschland eintreten, sondern sie wäre der Startschuß für eine massive „Wiedervereinigungskampagne unter kommunistischen Vorzeichen“.

Hier tritt also die Furcht vor der Durchführung der völkerrechtlich verpflichtenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens auch in Westdeutschland deutlich zutage. Das betrifft insbesondere die Bestimmungen über die Entmilitarisierung und die Überwindung des Nazismus.

Aber es kommt noch interessanter: Die Zeitung der westdeutschen Großbourgeoisie faßt das Ergebnis ihrer Überlegungen wie folgt zusammen: „Sollte es je so weit kommen“ — gemeint ist die Anerkennung der DDR —, dann „hätten wir eine harte Probe zu bestehen, ob unser unbezweifelbares Bekenntnis zur Freiheit durch ausreichende Substanz demokratischen Denkens gedeckt ist.“ *So wie Adenauer von 1945 bis 1949 die antifaschistisch-demokratische Entwicklung fürchtete und deshalb Deutschland spaltete, um sich vor den Einflüssen zur demokratischen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone zu schützen, so wendet sich jetzt die CDU gegen die Anerkennung, weil sie nicht weiß, ob ihre schönen Worte über „Freiheit durch ausreichende Substanz demokratischen Denkens gedeckt“ sind.*

In der Tat: Weder das System der Manipulierung der Menschen durch die kapitalistischen Meinungsfabriken in Westdeutschland noch die Diktatur der großen Monopole, weder das System der Notstandsdictatur noch das neue Finanzsystem, welches die Diktatur des Finanzkapitals verstärken soll, geben eine ausreichende Substanz demokratischen Denkens ab.

Um sich gegen das demokratische Aufbegehren weiter Kreise des Volkes zu sichern und um die Renazifizierung im Innern und die imperialistische Expansionspolitik nach außen durchführen zu können, hat die Regierung Kiesinger/ Strauß ihre Politik in die Globalstrategie der USA eingefügt. Es ist so gekommen, daß die herrschenden Kreise in Westdeutschland alle Anstrengungen unternehmen, um zu verhindern, daß selbst solche bürgerlich-demokratischen Forderungen, die schon seit 1848 auf der Tagesordnung stehen, durchgeführt werden. Das Ergebnis sind Revanchepolitik, Neonazismus, Reaktion auf allen Gebieten und permanente Krisenerscheinungen in Westdeutschland. Fürwahr: Die Spalter Deutschlands, die Organisatoren von zwei Weltkriegen, haben längst das Recht verwirkt, für die deutsche Nation zu sprechen.

Daß die westdeutschen Imperialisten nichts, aber auch gar nichts aus der Geschichte gelernt haben, daß sie in ihrer Blindheit erneut auf Expansionskurs gehen, zeigen ihre krampfhaften Bemühungen, sich im Interesse der Verwirklichung ihrer Revanchepolitik der ökonomischen, politischen und militärischen Hegemonie über Westeuropa zu versichern. Diesem Ziel dienen auch die jüngsten, von Herrn Hallstein in Rom veröffentlichten Pläne der Bonner Regierung, innerhalb von zwölf Jahren eine westeuropäische Föderation zu bilden, in welcher die Einzelstaaten nicht nur in ökonomischer Be-